

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 07.02.2012**

öffentlich

Ort: Berufsbildende Schulen V, Universitätsring 21,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	Ausschussvorsitzender, CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	ab 17:40 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 17:20 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Dr. Petra Sitte
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	ab 17:20 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	ab 17:20 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	Vertreterin für Herrn Dietrich Strech
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Martin Gorowska	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreterin Frau Ute Haupt
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	Vertreterin Frau Sabine Wolff
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, lässt zum beantragten Rederecht abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. 7 Mitglieder waren zu Beginn der Sitzung anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die vorliegende geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Es gab 3 Anträge auf Rederecht:

1. Frau Patzold, Elternsprecherin der Grundschule Kastanienallee
2. Herr Meyer, BUND, Franzigmark
3. 2 Schülervertreter Elisabeth-Gymnasium

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass die Vorlage Parkeisenbahn (5.3) von der Verwaltung zurückgezogen wird. Als Begründung führte er ein renommiertes Unternehmen an, welches Interesse bekundet hat, die Parkeisenbahn in Zusammenarbeit mit der HAVAG zu betreiben. Eine neue Beschlussvorlage wird erarbeitet. Herr Kogge bittet den Tagesordnungspunkt 5.3 somit zu streichen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, stellte den Antrag die Tagesordnungspunkte 5.1, 5.2 und 5.4 nur inhaltlich als erste Lesung und ohne Beschlussfassung zu behandeln.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, ließ zum Antrag von **Frau Wolff** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kritisierte, dass er aufgrund von fehlenden Unterlagen zum Tagesordnungspunkt 5.1 nicht beratungsfähig sei, zum Beispiel ist das Seitenverzeichnis unvollständig, somit ist dieser TOP abzusetzen. Er stellte einen Antrag auf Vertagung.

Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, ließ zum Antrag von Herrn Paulsen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

**3 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 13.12.2011 und 10.01.2012
4. Diskussion zur Schülerbeförderung mit Vertretern der HAVAG
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
- 5.2. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1
Vorlage: V/2012/10385
- 5.3. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung/Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 2
Vorlage: V/2012/10386 **zurückgezogen**
- 5.4. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3
Vorlage: V/2012/10384
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 13.12.2011 und 10.01.2012

Niederschrift vom 13.12.2012

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 13.12.2011.

Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, ließ zur Niederschrift vom 13.12.2011 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Niederschrift vom 10.1.2012

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, stellte die Niederschrift vom 10.1.2012 auf Grund von nochmaligem Korrekturbedarf zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt durch Verwaltung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, übergab Frau Patzold, Elternvertreterin der Grundschule Kastanienallee, das Rederecht.

Frau Patzold, Elternvertreterin der Grundschule Kastanienallee, gab einen Bericht über den derzeitigen Zustand der Turnhalle Kastanienallee und deren Nutzungseinschränkungen. Die Turnhalle ist seit dem 30.1.2012 geschlossen, der Sportunterricht wird derzeit in zwei Klassenräumen durchgeführt. Weiterhin berichtet Frau Patzold über den beißenden Geruch beim Betreten der Halle, es gibt den Verdacht auf Schimmelpilz. Die Belüftungsanlage wurde seit 40 Jahren nicht modernisiert, das Parkett ist defekt und stellt eine Verletzungsgefahr dar. Die Mädchentoiletten sind seit mehreren Jahren gesperrt, eine Sanierung wurde nach Aussage der Schulleiterin beantragt, jedoch abgelehnt. Es steht keine geeignete Ausweichturnhalle zur Verfügung, die umliegenden Turnhallen sind entweder belegt oder zu weit weg. Der Sportunterricht wurde von 2 Stunden auf 1 Stunde pro Woche reduziert. Frau Patzold stellte einen Dringlichkeitsantrag zur Verbesserung der Bedingungen in der Turnhalle an die Stadtverwaltung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, wies Frau Patzold darauf hin, dass Sie als Bürgerin keinen Antrag an die Verwaltung stellen könnte. Einen Antrag könnten nur die Fraktionen stellen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, führte zu den Aussagen von Frau Patzold aus, dass die Bedingungen nicht immer überall optimal sind. Die Turnhalle wurde als Sanierungsobjekt bei verschiedenen Förderprogrammen vorgeschlagen, wie Konjunkturpaket II und EFRE, wurde aber vom Konzept her nicht als förderwürdig befunden und durch Fördermittelgeber abgelehnt. Durch die Verwaltung wurden Ausweichobjekte angeboten, die fußläufig in einer Entfernung von 800-1000 m erreichbar sind, die Schulleiter haben diesen Vorschlag abgelehnt, sie sichern den Sportunterricht in der Schule ab. Herr Kogge sieht momentan keine Möglichkeit der Sanierung auf Grund der derzeitigen Haushaltslage.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, übergab das Wort an die Schülervereiner des Elisabeth-Gymnasiums.

Die **Schülervertreter des Elisabeth-Gymnasiums** führten zur Schülerbeförderung aus: Es wurde das Prinzip der Stadt Aachen zur Schülerbeförderung vorgestellt und mit dem Verfahren in der Stadt Halle verglichen. In Aachen gilt die Karte rund um die Uhr, für eine Zuzahlung von 10 € pro Monat, die nichtanspruchsberechtigten Schüler müssten lediglich 23,20 € pro Monat zahlen. Das ist ein viel kleinerer Betrag als er in Halle zu entrichten ist. Sie baten darum, eine ähnliche Möglichkeit in Halle zu prüfen.

zu 4 **Diskussion zur Schülerbeförderung mit Vertretern der HAVAG**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Diskussion zu diesem Redebeitrag.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte den Vertreter der HAVAG, **Herrn Kluge**, ob denn über diese Möglichkeit der Preisgestaltung, wie sie die Schüler des Elisabeth-Gymnasiums vorgestellt haben, von Seiten der HAVAG und der Stadtverwaltung nachgedacht wurde.

Herr Kluge, Vertreter der HAVAG, erklärte, dass verschiedene Möglichkeiten zur Finanzierung des Schülertickets geprüft wurden. Auf Grund des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, ist eine Regelung, wie sie in der Stadt Aachen und in Leipzig praktiziert werde, nicht möglich. Während der Prüfphase wurde ebenfalls eine Anfrage an das Kultusministerium gestellt, ob hierzu ein Pilotprojekt gestartet werden könne. Diese Anfrage wurde abschlägig, mit Verweis auf das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, beantwortet.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, lobte die Schüler des Elisabeth-Gymnasiums sich mit der Thematik Schülerbeförderung beschäftigt zu haben und wird diese Ausführungen in ihre Fraktion mitnehmen, um hier noch einmal darüber zu diskutieren.

Herr Senger, SKE, erfragte bei **Herrn Kluge** die verschiedenen Berechnungsmodelle, die im Bildungsausschuss nicht bekannt gegeben wurden. Weshalb wurden diese nicht zur Diskussion ausgereicht?

Herr Kluge, Vertreter der HAVAG, berichtete, dass ein Angebot erarbeitet wurde, in welchem ausgeführt wurde, dass für einen Eigenbeitrag von 100 Euro pro Kind, eine kostenlose Schülerbeförderung möglich wäre. Gemäß der Antwort des Kultusministeriums war diese Möglichkeit nicht gegeben, lt. Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt darf von Schülern, für die eine Beförderungspflicht besteht, kein Entgelt erhoben werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertrat die Meinung, es ist eine schwierige Prämisse die Schülerbeförderung kostendeckend zu gestalten, aber es müsste darüber nachgedacht werden, von Seiten der Politik Druck auszuüben die Fahrpreise zu senken, damit mehr Schüler in den Genuss der kostengünstigen Fahrkarte kommen. Die Stadt müsste mehr Bewegungsspielraum erhalten. Das Ziel sollte es sein, dass die HAVAG bei den gleichen Einnahmen, mehr, bzw. allen Schülern die Fahrkarte zukommen lassen könnte. Er sieht derzeit einen Negativtrend in der Entwicklung zur Schülerbeförderung.

Herr Senger, SKE, befürwortete dieses Modell, dass jeder Schüler einmalig 100 Euro zahlt und somit alle Schüler anspruchsberechtigt wären. Er fragte, weshalb das Kultusministerium diesem Vorschlag nicht folgen konnte?

Herr Roesler, Stadt Halle, Ressort Verkehrsplanung, nahm zu den Ausführungen von **Herrn Paulsen** und **Herrn Senger** Stellung: Grundlage der Ablehnung ist der § 71 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig hat eine Befragung bei Schülern der Stadt Halle ergeben, dass die Schülerzeitkarte mit einer Nutzungszeit von 06.00 – 19.00 Uhr ausreichend ist. Um alle Schüler in den Genuss einer Schülerzeitkarte kommen zu lassen, müsste jeder Schüler aus Halle 100 Euro zahlen, auch die Schüler, die in der Nähe der Schule wohnen. Der Sockelbetrag für die anspruchsberechtigten Schüler der Stadtverwaltung wird jedoch ebenfalls benötigt. In der Stadt Halle sind ca. 5.000 Schüler der insgesamt 17.000 Schüler anspruchsberechtigt, demzufolge müssten auch die 12.000 nichtanspruchsberechtigten Schüler den Sockelbetrag von 100 Euro zahlen. In der Stadt Halle wurden ca. 5.000 Schülerfahrkarten ausgegeben, es wurden jedoch nur 400 Freizeitkarten durch die Eltern dazu gekauft. Nach dem Gesetz ist die Stadt nur verpflichtet, die Schüler zur Schule und zurück zu befördern. Die Stadt ist für die Beförderung zu Freizeitaktivitäten nicht zuständig. Zum Vergleich, in der Stadt Leipzig existiert zurzeit noch ein Haustarif, dieser wird noch ein Jahr Gültigkeit haben, dann wird dieser in den MDV-Tarif integriert. Mit dem derzeitigen Tarif können die Schüler in Leipzig allerdings nicht die S-Bahn benutzen, ausschließlich die Fahrzeuge der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) sind nutzbar.

Herr Senger, SKE, möchte noch einmal erläutert haben, weshalb es kein Angebot mit der Pauschale von 100 Euro pro Schüler an alle gegeben hat.

Herr Roesler, Stadt Halle, Ressort Verkehrsplanung führte dazu aus, dass zusätzlich zu den ausgereichten Schülerzeitkarten, von rund 4.000-5.000 Schülern (bis 16 Jahre) ein Abonnementvertrag abgeschlossen wurde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, die kostenlose Schülerbeförderung ist eine erhaltenswerte Errungenschaft, und fragte nach, ob bei der Zahlung einer Pauschale in Höhe von 100 Euro von jedem Schüler, noch eine zusätzliche Zahlung des Stadtanteils notwendig wäre.

Herr Roesler, Stadt Halle, Ressort Verkehrsplanung, bejahte die Anfrage. Der Stadtanteil wäre zusätzlich zum Elternanteil von 100 Euro je Schüler notwendig.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte Kritik in Richtung HAVAG, diese wisse ganz genau wann und wo gespart werden könne. Er verwies hier auf die Einsparung von Fahrzeugen an den Wochenenden, von Fahrzeitangeboten und dass der Einsatz von Fahrzeugen immer mehr reduziert wird.

Herr Roesler, Stadt Halle, Ressort Verkehrsplanung, erläuterte hierzu, dass es die klassischen „Stoßzeiten“ und die typische „Nachmittagsspitze“ nicht mehr gibt, jedoch fährt die HAVAG morgens mit 98% der Einsatzfahrzeuge, denn die HAVAG ist verpflichtet, alle Schüler zu befördern.

Herr Marquardt, SKE, führte an, dass das Freizeitticket schlecht angenommen wurde. Seiner Meinung nach könnte das am Informationsschreiben liegen, denn dieses sah wie ein Werbeprospekt aus. Er erklärte, dass die Kosten für das Freizeitticket bei exakter Durchrechnung zu hoch seien. Bei der geringen Nutzung nach 19:00 Uhr hätte es auch als Tagesticket weiterhin Gültigkeit behalten können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Roesler, Stadt Halle, Ressort Verkehrsplanung, antwortete auf die Anmerkungen von **Herrn Marquardt** dahin gehend, dass es ein „Kampfpreis“ sein sollte und dieser unter 300 Euro bleiben sollte. Hätte man das Ticket von Montag bis Freitag ganztägig angeboten, wäre gar keine Freizeitkarte verkauft worden, und der Preis hätte bei 317 Euro pro Ticket gelegen. Er gestand, dass die momentane Lösung nicht optimal sei, aber gleichzeitig führte er an, dass es diese Problematik nur in der Stadt gibt. In den ländlichen Regionen treten diese nicht auf.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle-NEUES FORUM, regte an, die Arbeitsgemeinschaft Schülerbeförderung wieder neu einzuberufen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, schloss sich diesem Vorschlag an, bat aber darum, das Vertreter der HAVAG bei diesen Zusammenkünften dabei sein sollten. Das derzeitige vorliegende Angebot käme dem Wunsch des Ausschusses nicht sehr nahe. Die HAVAG sollte erneut über das Freizeitticket nachdenken.

Herr Senger, SKE, kritisierte, dass in den vergangenen 5 Jahren die HAVAG an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft nicht teilgenommen hat und fragte nach, ob mit einer Teilnahme zu rechnen sei, denn diese wäre sehr wichtig.

Herr Kluge, Vertreter der HAVAG, bekundete die Bereitschaft der HAVAG, wenn zu dieser Thematik durch die Verwaltung eingeladen wird, die HAVAG auch bereit ist an den Beratungen der Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Preisgestaltung ab August 2012.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, nahm hierzu folgendermaßen Stellung, dass der Sachverhalt erneut geprüft werden muss. Er werde die Frage mit in die BeiKo nehmen und sagte eine Beantwortung zu. Er gab die Anregung, dass zur Arbeitsgemeinschaft Schülerbeförderung bereits in 3 bis 4 Wochen eingeladen werden sollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Einbringung doppischer Haushalt 2012** **Vorlage: V/2011/10306**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., kritisierte stark, dass die Unterlagen nicht vollständig sind, und aus diesem Grund eine Behandlung des Punktes 5.1 im Ausschuss nicht möglich ist. Er bat um Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Unterlagen heute durch Herrn Geier ausgereicht wurden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erfragte bei **Herrn Lange**, ob dieser hiermit einen Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1 stellen wollte.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 5.1, 5.2. und 5.4, da die vollständigen Haushaltsunterlagen hierzu noch nicht vorliegen und bat um Vertagung auf den Bildungsausschuss am 06.03.2012.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle-NEUES FORUM, stimmte den Ausführungen von **Herrn Lange** zu.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, ließ über den Antrag von **Herrn Lange** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE.**

Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

zu 5.2 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1
Vorlage: V/2012/10385

Abstimmungsergebnis: **vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE.**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die **Schließung des Schulumweltzentrums Franzigmark** und damit die Aufhebung des Beschlusses V/2009/08258 vom 24.02.2010 sowie die Aufhebung des Vergabeverfahrens und der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark (V/2010/09258) vom 30.03.2011.

zu 5.4 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /

Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3 Vorlage: V/2012/10384

Abstimmungsergebnis: vertagt durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die **Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.7.2012.**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, setzte die Anwesenden über die Änderung zur Aufnahme an weiterführenden Schulen, der Schullaufbahnerklärung und der Schullaufbahnerempfehlung in Kenntnis und erläuterte hierzu das Verfahren. Der Elternwille ist die Grundlage der Entscheidung für eine weiterführende Schule. Die Stadt erhöht die Platzkapazität für Gymnasien und stellt zusätzlich freie Plätze am Südstadtgymnasium, am Christian-Wolff-Gymnasium und an der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ zur Verfügung. An den genannten Standorten sind zusätzliche Platzierungen von jeweils 28 Schülern möglich. Es gibt insgesamt 104 Reserveplätze. Die Auswirkungen für Sekundarschulen, die die Änderung der Schullaufbahnerklärung auf das Anwahlverhalten der Eltern hat, müssen abgewartet werden. **Herr Hildebrand** informierte weiterhin darüber, dass für das Aufnahmeverfahren an Gesamtschulen der Schulleiter/die Schulleiterin und für das Aufnahmeverfahren an kommunalen Gymnasien der Schulträger (Stadt Halle) zuständig sind. Das Aufnahmeverfahren (Losverfahren) für die Gymnasien wird in diesem Jahr in der Aula der Berufsbildenden Schule am Weidenplan durchgeführt. Der Termin wird noch bekannt gegeben.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, gab zu Kenntnis, dass dem Landesschulamt, gem. Verordnung zur Schulentwicklungsplanung die Beschlusslage angezeigt, und der Protokollauszug der Stadtratssitzung vom 14.12.2011 beigelegt wurde. Trotz der ablehnenden Beschlusslage wurden die meisten Punkte der Fortschreibung positiv bestätigt. Ausgenommen hiervon ist die Förderschule Jägerplatz.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, korrigierte, dass das Landesschulamt nicht beschieden, sondern nur mitgeteilt hat.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, zeigte an, dass keine weiteren Mitteilungen vorliegen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, bat darum, die Mitteilungen an die Fraktionen in elektronischer Form zu senden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte dieses zu.

Herr Senger, SKE, fragte nach der Diskrepanz des Abgabetermins der Schullaufbahnerklärungen, diese müssten bis 20.2.2012 in der Grundschule abgegeben werden. Was geschieht mit den Erklärungen, wenn die Kinder an einem Gymnasium mit inhaltlichem Schwerpunkt angemeldet werden, die Testzeiträume sind erst später?

Frau Schöne, Amt für Schule und Sport, berichtete von dem hierzu geführten Gespräch mit dem Kultusministerium und informierte, dass der Abgabetermin mit den Schulen im Amt für Schule und Sport intern verlängert werden kann. Die Abgabe der Schullaufbahnerklärung hat nichts mit den Aufnahmetests in den Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt zu tun.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte im Zusammenhang der Aufnahme von Gymnasiasten nach dem Herdergymnasium und dem Thomas-Müntzer-Gymnasium und weshalb es hier kein Losverfahren geben wird.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, klärte auf, dass dort natürlich im Rahmen der Kapazitäten Schüler aufgenommen werden können. Er hat bei den Ausführungen zur Schullaufbahnerklärung lediglich die Gymnasien benannt, in welchen eine Kapazitätserweiterung möglich gemacht wird.

Herr Senger, SKE, wollte wissen, ob es korrekt ist, dass die Grundschule am Heiderand im EFRE-Programm, bzw. wann mit einem Baubeginn zu rechnen ist.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass mit Nachdruck im Landesverwaltungsamt vorgeschrieben wurde, diese Information nicht öffentlich ist und es noch ein laufendes Verfahren sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hatte eine Nachfrage zur Genehmigung der Schulentwicklungsplanung, welche Auswirkungen der Widerspruch der Oberbürgermeisterin hat.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte nochmals über die Genehmigung der eingereichten Fortschreibung, diese wurde durch das Landesschulamt, bis auf den Punkt 1.6 zur Förderschule Jägerplatz und dem dazu anhängigen Widerspruch der Oberbürgermeisterin, akzeptiert.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass es durch den Widerspruch keinen Stadtratsbeschluss gibt. Er fragte weiterhin nach dem Sachstand von EFRE und STARK III.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass das zuständige Fachministerium (Finanzministerium) Finanzen zu STARK III zur Verfügung stellen möchte und in den EFRE Projekten positive Bewegung ist.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zum wiederholten Mal nach, wie die Ablehnung der über 70 Anträge für Schülerzeitkarten zu Stande gekommen ist.

Frau Schöne, Amt für Schule und Sport, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, wollte wissen, wie die ausgereichte Liste zum Haushalt mit den Schulen entstanden ist, ob man dabei von den einzelnen Schulen ausgeht und werden die Kosten herunter gebrochen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erläuterte, dass es sich um die Liste handelt, welche mit Hilfe des SAP erstellt wurde. Die Auflistung ist über die Übersicht der Haushaltsplanansätze ersichtlich. Diesen Sachverhalt hätte Frau Quilitzsch in dem Vortrag zum Haushalt erläutert.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte hierzu: es wird von Unterabschnitten oder von Produkten her geplant.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach der Darstellung von Zins und Tilgung bei den PPP-Schulen. Werden hier Durchschnittswerte aus dem Vorjahr zum Ansatz gebracht?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass diese Sachverhalte den Investbereich berührten, das war auch im kameralen Haushalt so getrennt.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, bemängelte, dass auch wie bisher Durchschnittswerte gebildet wurden, dieses ist nicht aussagekräftig, die Werte müssten pro Schule oder pro m² erstellt werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, gab dem Ausschuss zur Kenntnis, dass er die Beschlusspunkte zur Makarenkoschule bzw. zur Fröbelschule in der Genehmigung durch das Landesschulamt vermisste.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass nach Beratung im Stadtrat, der Vorgang, mit dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin, an das Landesverwaltungsamt geleitet worden ist, ohne das in diesem Schreiben um eine Genehmigung gebeten wurde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., war der Auffassung, dass ein Widerspruch nur zur gesamten Vorlage möglich ist. Er wollte wissen warum eine „Beschlussvorlage“ an das Landesschulamt gesandt wurde.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informierte, dass die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung verpflichtet, bis 31.12.2012 die Schulentwicklungsplanung vorzulegen. Das Landesschulamt wurde von den nicht beschlossenen Punkten des Stadtrates unterrichtet, ebenso vom Widerspruch der Oberbürgermeisterin. Die Protokollauszüge vom 14.10.2011 wurden im Anhang an das Landesschulamt geschickt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wollte wiederholt wissen, weshalb das Landesschulamt eine Genehmigung erteilt hat.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, es handelte sich lediglich um eine Information durch die Verwaltung. Das eingereichte Schreiben wird durch die Verwaltung zur Kenntnis ausgereicht werden.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, regte an, dass bei der Arbeitsgemeinschaft zur Schülerbeförderung der Kinder- und Jugendrat einbezogen werden sollte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass am 6.3.2012 erstmals der Haushalt gelesen wird. Er bat um Prüfung, ob eine Sondersitzung für eine 2. Lesung geplant werden sollte.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, sagt eine Prüfung und einen Terminvorschlag durch die Verwaltung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat, dass künftig bei schlechter Akustik Technik zur Verfügung gestellt werden sollte.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, lehnte die Anregung von **Frau Wolff** ab, den Kinder- und Jugendrat in die Arbeitsgemeinschaft Schülerbeförderung einzubeziehen.

Herr Senger, SKE, bat darum Vertreter der HAVAG zur Arbeitsgemeinschaft Schülerbeförderung einzuladen, und bittet um ein Inputreferat durch die HAVAG, welches mit Zahlen unterlegt ist.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.03.12

Heike Schöne
stellv. Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender